

Vertrauen ist Kapital – Gedanken aus der Reha-Klinik in Damp

Am 25. September bin ich von einer Leiter gestürzt: Becken zertrümmert, Schulter ausgerenkt, Rippen gebrochen – drei Monate Reha statt im Parlament der Landesregierung Dampf machen zu können. Was bleibt sind Diskussionen beim Essen und Spaziergehen.

Einige MitpatientInnen erkennen mich. Die Reaktionen auf „GRÜN“ sind durchweg positiv. Trotzdem spürt man die Enttäuschung: „Die Politiker machen ja doch, was sie wollen“. Die Lüge von Ypsilanti, Hartz IV, die Gesundheitsreform, die Steuererhöhung. Manchmal hört man: „Die Grünen sind ja auch nicht besser“.

Mein Eindruck ist: CDU- und SPD-WählerInnen sind von der großen Koalition enttäuscht. FDP und Linke profitieren – gnadenlos populistisch – von diesem Frust. Die FDP poltert gegen Steuern und Sozialstaat, die Linke gegen Sozialabbau.

Und die Grünen? Warum sind wir seit Monaten in Umfragen die kleinste der Parteien? Klimaschutz, Bildungsnotstand und Regulierung der internationalen Finanzmärkte, das sind alles grüne Herzensthemen. Aber: „Wird das nicht zu teuer, was die Grünen wollen? Schadet das nicht der Wirtschaft?“

Mein Fazit: Die Grünen haben die Zukunftskonzepte – aber die sind weder einfach noch bequem. Wenn wir glaubwürdig bleiben wollen, gerade gegenüber unseren Stammwählern, müssen wir ehrlich sagen, was geht und was nicht. Zwischen Politikfrust und Populismus bleibt für Grüne nur ein Weg: Wir müssen den Kampf um die Glaubwürdigkeit führen. Wir können viele MitbürgerInnen für Grüne Visionen gewinnen. Wenn wir ihre Sorgen ernst nehmen, werden viele Menschen ehrliche Antworten akzeptieren. Glaubwürdigkeit und Vertrauen – das ist unser wichtigstes Kapital.

Karl-Martin Hentschel



Absturz statt Aufstieg – Bildungsgipfel enttäuschte auf der ganzen Linie

Von Angelika Birk

Der neue PISA-Test hat es wieder mal gezeigt: Noch ist Deutschland weit davon entfernt, einen Spitzenplatz in der Bildung einzunehmen. Weiterhin bleibt nichts so entscheidend für die Bildungschancen der Kinder wie die soziale Herkunft. Das ist ein Armutszeugnis für das deutsche Bildungssystem! Zurecht demonstrierten dagegen bundesweit 100.000 SchülerInnen.

Das Ergebnis des so genannten „Bildungsgipfels“, der seit Monaten von Frau Merkel groß angekündigte Aufbruch in die Bildungsrepublik, bleibt in kleinkarierten Kompetenzstreitigkeiten von Bund und Ländern stecken.

Das mit der Föderalismusreform eingeführte Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Schulpolitik erweist sich als Bremsklotz. Trotz dieser Hürden sehen wir Chancen, politische Mehrheiten für drei zentrale Forderungen zu gewinnen:

- 1) Der Bund muss zur Finanzierung von sozialpädagogischen Fachkräften in Schulen kräftig beitragen, ebenso wie zu den Kosten einer gesunden Mittagsverpflegung in Schulen und Kindertagesstätten.
- 2) Der Übergang zwischen Schule und Ausbildung ist völlig neu zu gestalten, damit niemand nach der Schule ohne Ausbildung bleibt.
- 3) Statt kurzatmiger Hochschulpakete brauchen die jungen Leute dauerhaft mehr und besser finanzierte Studienplätze, um in Deutschland wenigstens so viel Studienabschlüsse zu erreichen wie im Durchschnitt der OECD-Staaten. ●

Unser Landtagsantrag: <http://tinyurl.com/bgipfel>



Rechtliche Hebel gegen Kohle und Atom

Gefahr erkannt – Gefahr gebannt? Das AKW Brunsbüttel ist gegenüber Terror ungeschützt, der Entzug der Betriebsgenehmigung ist deshalb zwingend. Neue große Kohlekraftwerke können nicht effizient betrieben werden. Darum wollen wir den Neubau in Schleswig-Holstein mit Hilfe der Landesplanung verhindern.

Von Detlef Matthiessen

Mit dem Neubau von großen Kohlekraftwerken sind die von der Bundesregierung beschlossenen Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen nicht zu erreichen. So genannte „Kondensationskraftwerke“, die ausschließlich Strom erzeugen, verschwenden den größten Teil ihrer Energie zur Kühlung. Sie heizen die Flüsse auf, während an anderer Stelle Geld und Rohstoffe zum Heizen von Wohnraum, für Prozesswärme oder für Kühlung im Gewerbe aufgewendet werden müssen.

Um den Bau neuer Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein zu verhindern, die nur der Stromerzeugung dienen, haben wir in der Novembertagung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des „Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes“ eingebracht. Dieses wird um drei Sätze ergänzt:

-> Der Anteil des Energieträgers Kohle an der Stromerzeugung soll verringert werden.

-> Mit Kohle befeuerte Kraftwerke sollen nur in hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden.

-> Die Ansiedlung von Kohlekraftwerken in erheblich mit Luftschadstoffen vorbelasteten Gebieten soll vermieden werden.

In einer anderen Initiative fordern wir, das AKW Brunsbüttel wegen fehlenden Schutzes gegen Terrorattacken stillzulegen. Ohne Zweifel ist die Bedrohung durch den Terrorismus heute neu zu bewerten. Das muss atomrechtlich Konsequenzen haben.

Nach den terroristischen Flugzeugangriffen auf das World Trade Center am 11. September 2001 ist klar geworden,

dass selbst bis dahin fast undenkbbare Bedrohungsszenarien Realität werden können. Nach diesen Ereignissen ist der atomrechtliche Begriff „jenseits der praktischen Vernunft“ und damit die Einstufung als Restrisiko weggefallen. Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom April 2008 unterstützt diese Forderung.

Tatsache ist, dass die deutschen Atomkraftwerke gegen Terrorattacken nackt dastehen. Sämtliche technischen und politischen Konzepte haben sich als nicht belastbar erwiesen. Wir fordern daher die Landesregierung und ihre Atomaufsichtsbehörde auf, die Betriebsgenehmigung für das AKW Brunsbüttel wegen des fehlenden Schutzes gegen Terrorattacken zu widerrufen. ●

Mehr Infos:

<http://tinyurl.com/abschalten>

<http://tinyurl.com/lepsh>

Haushalt 2009/2010: Grünes Paket für Bildung und Klimaschutz

Die laufenden Haushaltsberatungen von Kommunen, Land und Bund können schnell Schnee von gestern sein.

Wie wird sich die Finanzmarktkrise weiter entwickeln und welche Auswirkungen hat sie auf die regionale Wirtschaft?

Unsere nachhaltige Alternative zum Haushalt der Landesregierung heißt deshalb: Mehr Investitionen in Klimaschutz und Bildungspolitik, weniger Geld für Verwaltungsstrukturen und Straßenbau.

Von Monika Heinold

Unser Klimaschutzpaket beinhaltet konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz in Schleswig-Holstein: Geld für die energetische Sanierung von Gebäuden, ein Modellprojekt „CO₂-freie Gemeinde“, die Förderung der Eine-Welt-Arbeit, eine Stärkung des Freiwilligen Ökologischen Jahres und Energiesparpakete für Geringverdienerhaushalte. Außerdem soll die Förderung von Biogasanlagen nur noch für Anlagen gelten, die mit organischen Reststoffen arbeiten.

In unserem Bildungspaket finden sich bundes- und landespolitische Forderungen. Nur mit der Hilfe des Bundes kann es gelingen, alle Schulen in Ganztagschulen umzuwandeln, alle SchülerInnen mit warmen Mahlzeiten zu versorgen und die Einstellung von SozialpädagogInnen an Schulen sicherzustellen. Auch bei dem notwendigen Ausbau der Hochschulen muss der Bund den Ländern unter die Arme greifen.

Aber auch im Landeshaushalt muss mehr Geld für Bildung bereit gestellt werden: die Kommunen müssen bei den notwendigen Schulbaumaßnahmen unterstützt werden, die offenen Ganztagschulen brauchen mehr Geld, damit die Nachmittagsangebote beitragsfrei angeboten werden können, und es muss mehr Geld für Lehrerfortbildung und für die unterfinanzierten Hochschulen geben.

Um einen Qualitätssprung bei den Kindertagesstätten finanzieren zu können,

schlagen wir die Erhöhung der Grunderwerbsteuer um einen Prozentpunkt vor. Das bringt 60 Millionen an jähr-

Personal- und Sachkosten in der Verwaltung und beim „Schleswig-Holstein-Fonds“ sparen. Und wir fordern, dass



Das Grüne Haushaltspaket für mehr Klimaschutz und Bildung

lichen Mehreinnahmen, welche wir vollständig für diesen Bereich ausgeben wollen.

Aber wir Grüne haben noch weitere Vorschläge, damit unsere Ausgabenforderungen nicht zu Lasten der zukünftigen Generation durch neue Schulden finanziert werden. Wir wollen beim Straßenbau, bei der Dorferneuerung, bei den

das Wahnsinnsprojekt Fehmarn-Belt-Brücke sofort gestoppt wird! Bildungs- und Klimabrücken sind unsere Zukunft – nicht Betonbrücken. ●

Mehr Infos:
<http://tinyurl.com/paket>

Tierrechte auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben

Im Februar 2007 haben wir einen Entwurf zum Verbandsklagerecht im Tierschutz eingebracht. Dieses Gesetz soll den Tierschutzverbänden eine Klagemöglichkeit in solchen Fällen geben, in denen das Tierschutzgesetz nicht greift. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn die örtliche Veterinärbehörde versagt oder wenn es zu fragwürdigen Genehmigungen von nicht-artgerechter Tierhaltung kommt.

Die große Koalition weigert sich allerdings, eine Entscheidung über unseren Antrag zu treffen und hat das Thema schon sechsmal im Unterausschuss vertagt.

Das ist fatal für den Tierschutz, der so weiter in vielen Belangen eine stumpfe Waffe bleibt. Es ist aber auch ein Armutszeugnis für die Demokratie, dass ein unbequemer Landtagsantrag der Opposition so oft verschoben wird, bis er sich am Ende der Legislaturperiode von selbst erledigt.

Um den öffentlichen Druck zu erhöhen, haben wir gemeinsam mit Tierschutzverbänden vor dem Landeshaus demonstriert.



CDU und SPD sind störrischer als die Esel Patty und Pepper: Sie haben unseren Gesetzesentwurf schon sechsmal vertagt.

Video der Aktion auf YouTube: <http://tinyurl.com/tiervid>

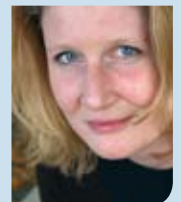
Neue Energie für die Grüne Landtagsfraktion

Drei neue MitarbeiterInnen in neuen Funktionen



Naomi Imanishi ist unsere neue Referentin für den Bereich Innen- und Rechtspolitik sowie Migration. Sie ist 30 Jahre alt und hat vorher als Rechtsanwältin in Hannover gearbeitet. Neben ihrer fachlichen Qualifikation wird sie auch dafür geschätzt, dass sie ihre Abgeordneten und KollegInnen auf dem Badmintonfeld gehörig ins Schwitzen bringt.

Stephanie Jehle ist schon seit 2003 in wechselnder Funktion bei uns tätig. Zuvor hatte sie Angelika Birk zugearbeitet und war dann persönliche Mitarbeiterin von Anne Lütkes. Seit Juli ist sie nun als Referentin für Bildung und Sport zuständig. Die 33-jährige Politikwissenschaftlerin arbeitet nebenher an ihrer Dissertation zum Thema „Soziale Integration durch Sport im Jugendstrafvollzug“. Sport und Bildung spielen auch in ihrer Freizeit eine große Rolle: Ihre Leidenschaft gilt dem Inline-Skaterhockey, hier ist sie als Spielerin und Trainerin bei den Holtenau Huskies in Kiel aktiv.



Ole Hübner verstärkt unsere Pressestelle. Der Soziologiestudent ist 1982 in Flensburg geboren und hat dort auch seinen Zivildienst in der Diakonie geleistet. Danach gönnte er sich eine kleine Auszeit und war 10 Monate in Australien unterwegs. 2004 hat er ein Studium der Politikwissenschaft in Kiel begonnen und später auf Soziologie gewechselt. Seine Leidenschaft derzeit gilt seiner Magisterarbeit zum Thema „Soziales Kapital und Religion in Europa“, die jedwede Zeit für ein Hobby frisst.